03/04 | 2020

Landes-SGK EXTRA
Sachsen-Anhalt/Thüringen/Sachsen

SGK Sachsen-Anhalt e.V. / SGK Thüringen e.V. / SGK Sachsen e.V.

Zusammenhalt!

Ein Beitrag von Juliane Kleemann und Andreas Schmidt, Landesvorsitzende der SPD Sachsen-Anhalt

Juliane Kleemann und Andreas Schmidt Foto: SPD-Sachsen-Anhalt

Die Welt sieht sich einer Herausforderung gegenüber, wie es nicht viele in der Menschheitsgeschichte gegeben hat. Aller technischer und zivilisatorischer Fortschritt seit der Zeit des Faustkeils hat eines nicht geändert: Ansteckende Infektionskrankheiten treffen uns – sehr nah, sehr persönlich und über räumliche und soziale Grenzen hinweg.

Natürlich gibt es Unterschiede. Das zeigt sich schon in der ersten Phase der Covid-19-Pandemie, deren großteiliger Verlauf uns noch bevorsteht. In Weltregionen mit einem flächendeckenden Zugang zu modernen medizinischen Einrichtungen, mit gut genährter, grundständig gesunder und in anständigen Wohnverhältnissen befindlicher Bevölkerung wird die Infektionswelle für 90 Prozent der Menschen glimpflich ausgehen. In dieser Situation befindet sich aber nur eine Minderheit der knapp acht Milliarden Menschen auf der Welt.

Auch innerhalb des Kreises der Nationen, die zu den modernen, entwickelten Staatswesen zählen, gibt es Unterschiede. Der Zugang zu den Leistungen des jeweiligen Gesundheitssystems über soziale Schichten hinweg, die quantitative und qualitative Ausstattung der Gesundheitssysteme und nicht zuletzt die Anzahl qualifizierter Ärztinnen und Ärzte sowie Pflegerinnen und Pfleger entscheidet jetzt über nationale Sterberaten und individuell im Zweifelsfall über Leben und Tod.

Wir erleben, dass wir in Deutschland in einer sehr privilegierten Situation sind. Die meisten Menschen in unserem Land haben eine Krankenversicherung. Die Vorsichtsmaßnahmen haben vor allem zum Ziel, die besonders gefährdeten Menschengruppen zu schützen und sie greifen gut. Wir erleben aber auch, dass es keine 100-prozentige Sicherheit gibt. Das zu erwarten wäre unrealistisch, auch wenn diese Realität nicht immer leicht zu akzeptieren ist. Die Politik in unserem Land ist handlungsfähig und der fürsorgende Staat reagiert und agiert.

Wir erleben in diesen Tagen erst den Auftakt der Pandemie in Deutschland. Die große Herausforderung für die Krankenhäuser und die Menschen, die in ihnen arbeiten steht noch vor uns. Bis jetzt können wir resümieren, dass die Regierungen und Parlamente von Bund und Ländern schnell und angemessen reagiert haben.

Die Menschen in unserem Land haben sich den Einschränkungen, also dem Versuch, die Ausbreitung des Coronavirus zu verlangsamen, mit großer Disziplin und ebenso großer Bereitschaft zu gegenseitiger Hilfe und Zusammenhalt gestellt. Viele Ankündigungen und Nachrichten haben den Prozess der Zurverfügungstellung von Geld für die schnell wachsende Zahl von Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeitern, Antragsberechtigten für Lohnfortzahlung nach dem Infek-

Inhalt

Sachsen-Anhalt
Zusammenhalt!

Thüringen
Im Corona-Modus

Neue Pressesprecherin im Innenministerium

Neue Kommunalpolitische Sprecherin

Sachsen
Burkhard Jung bleibt Oberbürgermeister von Leipzig

Leipzig setzt Wärmewende um

Chemnitzer SPD-Fraktion setzt sich für besseren Schutz des Stadtwaldes ein

IMPRESSUM

Verantwortlich für den Inhalt:

SGK Sachsen-Anhalt e.V.
Bürgelstraße 1, 39104 Magdeburg
Redaktion: Philipp Neuendorf,
Telefon/Fax: (0391) 25 85 75 54
info@sgk-lsa.de
www.sgk-lsa.de

SGK Thüringen e.V.
Juri-Gagarin-Ring 158, 99084 Erfurt
Redaktion: Vincent Ackermann
Telefon: (0361) 228 44 21
info@sgk-thueringen.de
www.sgkthueringen.de

SGK Sachsen e.V.
Kamenzer Str. 12, 01099 Dresden
Redaktion: Karin Pritzel, Jutta Müller, Stefan Engel
Telefon: (0351) 21 670 91
kontakt@sgksachsen.de
www.sgksachsen.de

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft, Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192

Anzeigen: Henning Witzel

Litho: Satzstudio Neue Westfälische GmbH & Co. KG

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH & Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

tionsschutzgesetz und vor allem Solo-Selbstständigen, Freiberuflerinnen und Freiberufler und kleinen Unternehmen begleitet.

Dabei ist etwas in den Hintergrund geraten, nämlich dass zwischen den ersten Ausfällen im Wirtschaftsleben und dem Beginn der Antragsverfahren nicht mehr als zehn Tage lagen, in denen sowohl die gesetzlichen Grundlagen geschaffen als auch die finanzielle Vorsorge getroffen wurden.

Überall waren Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten entscheidend beteiligt. Das Land hat das Glück, mit Olaf Scholz einen Finanzminister zu haben, der schnell und entschlossen ein bespielloses Finanzpaket zur finanziellen Abfederung der Pandemiefolgen auf den Weg gebracht hat. Arbeitsminister Hubertus Heil hat dafür gesorgt, dass zehntausende Kündigungen vermieden werden konnten. In Sachsen-Anhalt haben Petra Grimm-Benne, die den Pandemiestab der Landesregierung leitet, Wirtschaftsminister Armin Willingmann und ihre Staatssekretärinnen und Staatssekretäre an vorderster Front dafür Sorge getragen, dass in ungeheuer kurzer Zeit alles Notwendige zur Umstellung des Lebens von 2,2 Millionen Menschen veranlasst und umgesetzt wurde.

Dennoch hat die Krise auch in unserem Land Probleme offengelegt. Die Ausstattung mit Gesundheitsgütern wie Schutzmasken und medizinischen Schutzanzügen hat sich als für den Fall einer Pandemie zu gering erwiesen. Die Abhängigkeit von weltumspannenden Lieferketten für diese Güter sowie für Medikamente macht unser Gesundheitssystem im Falle einer weltweiten Krise verletzlich. Das föderale System hat sich im Großen und Ganzen bewährt, aber es wird auch deutlich, dass die Verfahren zur schnellen Abstimmung einheitlicher Vorgehensweisen zwischen Bund und allen Ländern mehr Übung bedürfen. Diese Probleme werden, das zeichnet sich schon jetzt ab, sich so nicht noch einmal wiederholen.

Die Pandemie weist auch auf viel tiefergehende Schwierigkeiten hin. Solche, die wir eigentlich ohnehin wahrnehmen konnten, aber die in der Krise und dem Versuch, sie zu bewältigen unübersehbar werden. Wir wollen hier auf drei dieser Problemkreise hinweisen.

Erstens, das institutionelle Europa ist in seinen Reaktionen auf den Notfall Pandemie auseinander- und in nationales Denken und Handeln zurückgefallen. Es gab und gibt keine EU-europäische Koordinierung der Hilfsmaßnahmen für die von hohen Fallzahlen betroffenen Länder. Dass Hilfsgüter aus China in Norditalien eintrafen, nicht aber aus den benachbarten EU-Ländern, steht symbolisch für diesen Rückfall. Die hektisch und einseitig verhängten Grenzkontrollen haben wirtschaftliche Schäden und Zeitverlust bei Lieferungen verursacht. Das Virus haben sie nicht aufgehalten und das konnten sie auch nicht. Als sie verhängt wurden, war es längst in ganz Europa da, verbreitet von in ihre Länder zurückkehrenden Touristen und Dienstreisenden. Alle Fachleute und verantwortlichen Politiker wussten, dass Grenzschließungen reine Symbolpolitik sein würden. Gebiete mit hohen Fallzahlen abzuriegeln konnte und kann sinnvoll sein. Die Grenzen verliefen hier aber nur in Einzelfällen entlang nationaler Grenzen. Die Grenzschließungen waren Unsinn, der Ressourcen verbrauchte und von Notwendigem ablenkte.

Der Rückfall in den nationalen Egoismus droht jetzt auch bei der Milderung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie. Die EU findet keine gemeinsame Antwort auf die Frage, wie zusätzliche Staatsausgaben geschultert werden können, die jetzt getätigt werden müssen, damit im Herbst noch wirtschaftliche Strukturen da sind, die wieder in Gang gesetzt werden können. Die Debatte um Eurobonds legt schonungslos offen, wie viel an „zu spät, zu klein, zu vereinzelt" in der Europäischen Union den Geist bestimmt. Während ein Teil der EU-Staaten gemeinsame europäische Staatsschulden vehement ablehnt, weil sie zu Hause unpopulär sind, kündigt die Europäische Zentralbank an, Spanien und Italien durch den Ankauf ihrer Staatsanleihen ebensolche Staatsschulden zu ermöglichen. Die an sich offensichtliche Tatsache, dass die Staaten, die Euro-Bonds ablehnen, über ihre Miteigentümerschaft an der EZB an diesen Anleihen ganz genau beteiligt sind, wie sie es an Euro-Bonds wären, wird nur zurückhaltend kommuniziert. Daraus resultiert noch kein Schaden, aber wenn sich dieses Denken wiederholt, wenn die Frage nach der Finanzierung des Wiederaufbaus einer funktionierenden vernetzten europäischen Wirtschaft wiederholt gestellt wird, wird der Schaden gewaltig sein. Auf jeder Nordseeinsel wissen die Menschen ganz genau, dass die Sturmflut durch die gemeinsame Anstrengung beim Deichbau aufgehalten wird und nicht durch das Schneiden der Hecke vorm eigenen Haus. Diese Erkenntnis muss nach Corona endlich Bestandteil des Bewusstseins europäischer Politik werden.

Zweitens zeigt die Pandemie, wie viel von einem starken, handlungsfähigen Staat abhängt. Selbst hartgesottene Liberale bestreiten nicht die Notwendigkeit staatlicher Hilfen für Unternehmen und Selbstständige. Deren Umfang wird nicht von der schnellen Hilfe in diesen Tagen bestimmt. Die große Last wird von der Ingangsetzung des Wirtschaftslebens nach der Pandemie verursacht werden.

Von Gesundheitsämtern, die handlungsfähig sind, hängt in diesen Tagen ab, wie schnell und effektiv die Ausbreitungsgeschwindigkeit des Virus verringert werden kann. Viele Menschen schauen erwartungsvoll auf Polizei und Ordnungsämter, wenn es darum geht, die Beschränkungen des öffentlichen Lebens durchzusetzen. Einen starken Staat gibt es nicht kostenlos. Wenn in den kommenden Wochen Finanzmittel im Umfang eines Jahreshaushalts des Bundes mobilisiert werden, muss nach der überwundenen Krise klar sein, dass nicht als erstes über Steuersenkungen verhandelt werden darf. Im Gegenteil, es wird darüber zu sprechen sein, was es braucht, damit unser Land krisenfest wird.

Drittens: Solidarität rettet Leben. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen das seit 156 Jahren. Der Zugang zu medizinischen Leistungen, unabhängig von der individuellen Einkommenssituation, ein Gesundheitswesen, das diesen Zugang auch realisieren kann und ein Netz von Trägern sozialer Dienste sind jetzt für Millionen Menschen lebensrettend.

Solidarität muss eine Lebenserfahrung bleiben oder für manche in diesen Tagen und Wochen neu erfahrbar werden. Solidarität nur als ein Wort der Appellation bleibt eben nur ein Wort und wird kein Wert. Solidarität als eine Lebenshaltung gerade in der Krise macht eine funktionierende Zivilgesellschaft aus. Dafür lohnt es sich in dieser Zeit besonders zu streiten. Die vielen zivilgesellschaftlichen Aktivitäten in unserem Land zu sehen ist in der Krise eine der guten Erfahrungen. Wenn wir es schaffen, diese guten gemeinsamen Erfahrungen nach Corona wenigstens in Teilen zu erhalten, dann kann das unsere Gesellschaft wirklich nachhaltig stärken und solidarischer machen.

Solidarität und Gerechtigkeit sind auch Quelle von wirtschaftlicher Entwicklung. Jahrzehntelang wurde in Deutschland Arbeit in der Alten- und Krankenpflege, der Kindererziehung und anderen sozialen Berufen, aber auch in weiteren zahlreichen Dienstleistungsbranchen, wie dem Einzelhandel so schlecht bezahlt, dass zu einer angemessenen Einkommensentwicklung eine flächendeckende Durchsetzung von Tarifbindung längst nicht ausreichen würde. Das Einkommensgefüge zwischen Berufen in sozialen Dienstleistungen und kaufmännischen sowie Industrieberufen muss grundsätzlich korrigiert werden. Bereits im Bundestagswahlkampf 2009 hat die SPD darauf hingewiesen, dass hierin nicht nur eine empörende Ungerechtigkeit liegt. Heute ist eingetreten, was Frank Walter Steinmeier damals prognostizierte, nämlich dass die mangelnde Attraktivität dieser Berufe bei gleichzeitig wachsendem Personalbedarf in einen Fachkräftemangel führen würde, der die Leistungsfähigkeit des Pflege- und Gesundheitssektors in Frage stellt.

Die Pandemie muss der Weckruf für eine grundlegende Veränderung der Einkommensverhältnisse in sozialen Berufen und dem entsprechend Finanzierung von Pflege und Gesundheitsdienstleitungen sein. Die Debatte um Sonderzahlungen lenkt von dieser Notwendigkeit eher ab, als sie sie befördert. Vor unserem Land stehen mehr als drei Jahrzehnte, in denen die geburtenstarken Jahrgänge der Baby-Boomer das Alter erleben, in dem sie die Pflege und medizinische Be-

handlung benötigen. Diese Jahrgänge bedürfen der Solidarität und ebenso die Angehörigen der sozialen Berufe, deren Zahl wachsen muss.

Diese Veränderung wird viel Geld kosten. Es muss Schluss damit sein, dass sich ganze gesellschaftliche Gruppen der solidarischen Finanzierung von Gesundheit und Pflege entziehen. Diese Veränderung hebt aber auch ein enormes Potential von Kaufkraft und wirtschaftlichem Wachstum. Auch darauf haben die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten schon 2009 hingewiesen. Es ist an der Zeit damit jetzt Ernst zu machen.

Was wir aber auch aushalten müssen, ist die zeitweise Einschränkung von Grundrechten, die gerade wir hier in unserem Land seit der politischen Wende leben können und schätzen lernten. Wir erleben gerade eine zeitlich befristete Phase mit Einschränkungen dieser Freiheit. Die Bundesrepublik verwandelt sich dadurch aber nicht in einen vormundschaftlichen Staat. Auch das eine Leistung der Solidarität.

In diesen Tagen gibt es eine Menge Verschwörungstheorien, die im Umlauf sind. Verschwörungstheorien sind in einer komplexen und damit in Teilen sehr unübersichtlichen Welt eine gern genommene Form, Eindeutigkeit und absolute Steuerbarkeit zu behaupten. Das ist fahrlässig und kann gefährlich werden. Jedweder Verschwörungstheorie müssen wir immer widersprechen, mit Fakten und Entschlossenheit.

Wir haben Jahre hinter uns, in denen viele der Menschen, deren Interessen wir vertreten, unsere Antworten nicht hören wollten. Jahre, in denen Zusammenhalt als gestrig galt und viele im Bekanntenkreis Bestätigung und Akzeptanz erfuhren, wenn sie ein Loblied des Egoismus und der Anspruchshaltung sangen. In diesen Tagen erfahren alle sehr nachdrücklich, wie schnell man allein auf sich gestellt unter die Räder kommen kann und wie sehr wir alle von der Arbeit, der Freundlichkeit und Rücksichtnahme, vom Zusammenhalt über den engen Familienkreis, soziale Grenzen und nationale Schranken hinweg abhängen.

Nach der Hochphase der Pandemie wird es darum gehen müssen, die Lehren der dann vergangenen Wochen/Monate in aktuelle Politik umzusetzen. Da dürfen wir nicht versagen. Es wird dann um anständige Löhne für diejenigen gehen, die jetzt unser Land in aller Entschleunigung am Laufen halten. Es wird darum gehen, brachliegende Branchen in allen Bereichen wieder lebendig zu bekommen. Es wird darum gehen, die Wirtschaft derart neu auszurichten, dass regionale und lokale Stärken Teil es größeren Ganzen sind. Es wird im Großen darum gehen, eine andere Art globalisierter Welt zu gestalten, in der weiterhin viel miteinander geht, aber eben auch vieles gut regional – ohne freilich in Nationalismen zu verfallen. Eine wichtige Zukunftsaufgabe für uns und damit für die nachkommenden Generationen.

Und: Bei aller Sorge um das eigene Land brauchen die Geflüchteten und Fliehenden unsere Solidarität. Die Bilder aus Moria oder Idlib oder von anderen Orten können uns nicht kaltlassen. Wir wissen, dass viele an einer Lösung arbeiten. Für uns hier heißt die Aufgabe, mit unseren Mitmenschen gerade auch für diese Menschen das Herz und die Augen und die Ohren nicht zu verschließen. Es gilt immer: jedes Menschenleben ist wertvoll.

Corona bietet die Chance umzulernen, neu zu lernen und gestärkt weiterzugehen. Auch wenn das vielleicht noch für manch einen utopisch klingt. Die Chance sollten, nein müssen wir nutzen.

Dieser Beitrag wurde zuerst auf www.vornewech.de **veröffentlicht, der Online-Zeitung der SPD Sachsen-Anhalt.**

Anzeige

MEHR INFOS. MEHR HINTERGRÜNDE.

Mit Blickpunkt, Aktuelles, Kommunal-Blog, DEMO-Kommunalkongress, Reporte, u. v. m.

Im Corona-Modus

Ein Tag im Leben der neuen Kommunal-Staatssekretärin

Autorin Katharina Schenk

5:50 Uhr: Piep Piep
Google-Home weckt mich freundlich. Da in der Regel das Töchterchen in der Nacht ins Bett gewandert kam, gilt es jetzt schnell zu sein: ausschalten, aufstehen, rausschleichen.

Die Familie hat noch ein bisschen Luft bis zum Tagesstart mit Kita und Co. Corona hat hier natürlich auch einiges verändert – statt in der Kita und im Büro verbringen Mann und Maus ihre Zeit zu zweit im Homeoffice mit inkludiertem Kindergarten. Erste Erkenntnis am Morgen: Es ist erstaunlich, auf wie viele Playmobil-Figuren man treten kann, ohne laut zu schreien.

6:40 Uhr: Ab auf die Autobahn
Unten vor der Tür wartet der Fahrer, und dann geht es mit zügigem Tempo von Altenburg nach Erfurt. Die Strecke dauert ihre Zeit, aber zum Glück kann ich im Auto gut lesen. Das mache ich dann auch. Los geht es mit dem Kalender, dann folgt der Pressespiegel. Zum Schluss geht es in die sozialen Netzwerke. Bei Instagram schreibe ich auch selbst gern, was so anliegt und beantworte Fragen.

Staatssekretärin Katharina Schenk
Foto: TMIK / Steve Bauerschmidt

8:05 Uhr: Die tägliche Postmappe
Im Büro wartet ein Stapel Post, mit dem ich direkt beginne. Dank eines fleißigen Sekretariats geht es hier schnell durch die Mappe. Um 8:30 Uhr erfolgt die tägliche Abstimmung zwischen den Häusern zur Presselage und anstehenden Terminen.

9 Uhr: Termin-Ping-Pong
Der erste Termin beginnt 9 Uhr. Meist geht es jetzt im 30-Minuten-Takt weiter. Themen sind häufig hausinterne Rücksprachen zu Angelegenheiten meiner Abteilung.

In Zeiten von Corona wird häufig telefoniert. Die Telefonschalte mit dem IMAS (interministerieller Arbeitsstab) bittet zweimal die Woche um Aufmerksamkeit. Wäre keine Krise, würde die Woche Montags mit der Staatssekretärskonferenz beginnen.

12 Uhr: Pause
Normalerweise könnte man jetzt in die Kantine huschen, Corona zwingt aber auch hier zum Biss in Mitgebrachtes von zu Hause.

12:30 Uhr: Pause geht weiter
Mal bei der Familie reinklingeln. Dort wird bestimmt gerade gefuttert.

13 Uhr: Reden, reden, entscheiden
Feste Termine strukturieren die Woche. Neben wöchentlich wiederkehrenden Runden mit den Staatssekretär*innen gibt es auch

Katharina Schenk neue Staatssekretärin für Kommunales

Die Leitungsebene des Ministeriums für Inneres und Kommunales wurde Anfang März jünger und weiblicher.

Mit dem Ausscheiden des bisherigen Staatssekretärs für Kommunales Uwe Höhn wurde die Position mit der 32-jährigen Katharina Schenk neu besetzt. Diese betreut nun als Staatsekretärin den Bereich des Kommunalen im Ministerium. Die gebürtige Schkeuditzerin (Sachsen) ist verheiratet und hat eine Tochter. Sie studierte an den Universitäten in Leipzig und Athen Sozialwissenschaften, Politikwissenschaften und Philosophie und war seit 2017 persönliche Referentin des Oberbürgermeisters in Altenburg, danach wechselte sie als City-Managerin in die Wirtschaftsförderung.

Katharina.Schenk@tmik.thuringen.de

Anzeige

noch die Sitzung mit den Abteilungsleitern und dem Minister. Bevor diese Termine so gegen 14 Uhr beginnen, widme ich mich meinen E-Mails.

14 Uhr: Allein geht nicht viel
In der Abteilungsleiterrunde berichtet der Minister aus dem Kabinett. Aktuell wird dieser Bericht durch den Corona-Lage-Bericht ergänzt, den der Staatssekretär Inneres vorträgt. Die Abteilungsleiter geben einen Überblick über die wichtigsten Anliegen und Herausforderungen.

15 Uhr: Ausfahrt am Telefon
Gern besuche ich Kommunen und Landkreise vor Ort, denn persönlich lassen sich eigentlich alle Anliegen besser klären. Leider führt Corona auch hier dazu, dass man mehr im Büro ist, als mir lieb ist. Deswegen telefoniere ich jetzt mit Landräten oder Bürgermeistern. Vieles lässt sich direkt auflösen, denn aktuell dreht sich fast alles um die Verordnungen zur Eindämmung des Corona-Virus.

16:30 Uhr: Fast schon weg
Wenn kein Abendtermin anliegt, schaue ich jetzt nochmal mit meinem Referenten auf den Folgetag und dann geht's ab in den Fahrstuhl und in die Tiefgarage.

18 Uhr: Zu Hause
Die Rückfahrt nutze ich oft für die Beantwortung von Anfragen per Whatsapp, aber auch für Telefonate. Zu Hause wartet dann schon ein neugieriges Kind und sagt: „Hast Du wieder nur fononiert heute."

Leider ja – ich freue mich, wenn nach Corona wieder mehr Vor-Ort-Besuche möglich sind.

Katharina Schenk auf Social-Media
www.facebook.com/katharina.schenk.750
twitter.com/FUCHSundIGEL
www.instagram.com/katharina.schenki/

Neue Pressesprecherin im Innenministerium

Sondershäuser Sozialdemokratin leitet Kommunikation

Autor Vincent Ackermann mit Material des TMIK

Anne Bressem mit Minister Georg Maier
Foto: TMIK

Anne Bressem ist seit dem 1. April Pressesprecherin des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales. „Ich brauche ihre Unterstützung gerade in der jetzigen Krisenzeit und in Vorbereitung der Innenministerkonferenz. Sie bringt als Pressesprecherin bei der Bundeswehr die notwendigen Erfahrungen mit", erklärt Innenminister Georg Maier. Auch kommunalpolitisch ist Anne Bressem kein unbeschriebenes Blatt. So ist die Sondershäuserin nicht nur Stadträtin, sondern auch Mitglied der SPD-Kreistagsfraktion im Landkreis Kyffhäuser. „Nach zahlreichen Stationen in der gesamten Bundesrepublik freue ich mich als gebürtige Thüringerin nun in meiner Heimat und bei meiner Familie arbeiten zu können", ergänzt Anne Bressem.

Kontakt: Anne.Bressem@tmik.thueringen.de

Anne Bressem auf Social-Media
www.facebook.com/anne.bressem
twitter.com/AnneBressem
www.instagram.com/annebressem/

Anzeige

Neue Kommunalpolitische Sprecherin

SPD-Landtagsfraktion ändert Zuständigkeiten

Autor Vincent Ackermann

Dorothea Marx ist neue kommunalpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag. Die 62-jährige Abgeordnete für den Wahlkreis Kyffhäuserkreis I übernimmt damit die Funktion von Claudia Scheerschmidt, die nicht erneut den Einzug in den Landtag geschafft hat. Die Juristin und ausgewiesene Innenpolitik-Expertin Marx machte sich in den vergangenen zwei Wahlperioden einen überregionalen Namen als Vorsitzende des Thüringer NSU-Untersuchungsausschusses, zog über die Landesliste in das Parlament ein und wird künftig für die Belange der ehren- und hauptamtlichen Kommunalpolitiker*innen zuständig sein. Als kommunalpolitisch aktive Sozialdemokratin im Sondershäuser Stadtrat kennt sie die Sorgen und Nöte der kommunalen Ebene.

Kontakt: Dorothea.Marx@spd-thl.de

Dorothea Marx auf Social-Media
facebook.com/dorothea.marx.5/
twitter.com/marx2009

Sie ist nun für Kommunales in der Landtagsfraktion zuständig: Dorothea Marx. Foto: Tino Sieland

Anzeige

bnr.de
blick nach rechts

„Die Bekämpfung von Rechtsextremismus ist nach wie vor ein aktuelles und zentrales Thema. Wer den ‚blick nach rechts' regelmäßig liest, erkennt die aktuellen Gefahren von Rechtsaußen und kann sachkundig argumentieren."

Schirmherrin Ute Vogt

Weitere Informationen im Netz: **www.bnr.de**

Seit 14 Jahren Leipziger Oberbürgermeister: Burkhard Jung

Foto: SPD Leipzig

Burkhard Jung bleibt Oberbürgermeister von Leipzig

Amtsinhaber setzt sich im zweiten Wahlgang durch – Erfolgsgeschichte Leipzig fortsetzen

Autor SGK Sachsen

Leipzig wird auch in den nächsten Jahren weiter sozialdemokratisch regiert. Alter und neuer Oberbürgermeister der Messestadt ist der 62-jährige Burkhard Jung, der bereits seit 2006 an der Stadtspitze steht. Er setzte sich im zweiten Wahlgang am 1. März mit 49,1 Prozent gegen seinen Herausforderer Sebastian Gemkow (CDU) durch, der 47,6 Prozent erhielt. Die dritte Kandidatin, Ute Elisabeth Gabelmann (Piraten), kam auf 3,3 Prozent der Stimmen. Im ersten Wahlgang am 2. Februar lag Burkhard Jung noch knapp hinter Sebastian Gemkow, der nun weiterhin sächsischer Wissenschaftsminister bleibt. Die SPD konnte damit ihre wichtige Hochburg Leipzig halten, in der sie seit der politischen Wende 1989/90 durchweg den Oberbürgermeister stellt – erst Hinrich Lehmann-Grube, dann von 1998 bis 2005 Wolfgang Tiefensee und seitdem Burkhard Jung.

Seit 1991 in Leipzig

Der gebürtige Westfale kam 1991 als Lehrer in die sächsische Stadt und wechselte später zunächst als Beigeordneter für Jugend, Schule und Sport ins Leipziger Rathaus, wo er auch Sozialdezernent war. Im Jahr 2000 trat er in die SPD ein. Seit Juni 2019 ist er zudem Präsident des Deutschen Städtetages.

Nach dem knappen Wahlausgang sprach Burkhard Jung von einer „gespaltenen Stadt". Der Sozialdemokrat hatte seine Hochburgen vor allem in den innerstädtischen Altbauquartieren, während sein CDU-Herausforderer am Stadtrand erfolgreich war. Sein Ziel sei es nun, auf alle Teile der Stadtgesellschaft zuzugehen. Er wolle Leipzig als „Leuchtturm" weiterentwickeln.

Wachstumsmotor Leipzig

In den letzten Jahren konnte Leipzig einen rasanten Bevölkerungsanstieg auf mittlerweile fast 590.000 Einwohner verzeichnen. Starkes wirtschaftliches Wachstum und ein deutlicher Rückgang der Arbeitslosigkeit prägten die Entwicklung der Stadt an der Pleiße. Das brachte aber auch Herausforderungen mit sich, wie die Begrenzung des Mietenanstiegs oder die Erweiterung der städtischen Infrastruktur.

Unterstützung von Linken und Grünen

Holger Mann, Landtagsabgeordneter und Stadtvorsitzender der Leipziger SPD, sah in dem Wahlergebnis den Auftrag „Politik für alle Stadtteile zu machen". Dazu gehöre aus seiner Sicht der Einsatz für bezahlbaren Wohnraum, besseren öffentlichen Nahverkehr, moderne Schulen und nachhaltige Klimapolitik. Der SPD-Stadtchef dankte auch Linken und Bündnis 90/Die Grünen, die ihre Kandidaturen nach dem ersten Wahlgang zurückgezogen hatten und Burkhard Jung unterstützten.

Leipzig setzt Wärmewende um

Messestadt steigt aus der Braunkohle aus – neues Heizkraftwerk im Süden der Stadt

Autor SPD-Fraktion Leipzig

Die Leipziger Stadtwerke machen Ernst und wollen die Fernwärmeversorgung der Stadt Leipzig nachhaltiger und umweltfreundlicher gestalten. Dafür möchte das Unternehmen, das bisher den größten Teil der in Leipzig benötigten Fernwärme vom Braunkohlekraftwerk in Lippendorf bezieht, ein neues Heizkraftwerk im Süden der Stadt errichten.

Teurer Braunkohlestrom

„Für uns sind dabei jedoch nicht allein die Aspekte des Klimaschutzes wichtig, sondern auch die Versorgungssicherheit in Leipzig", erklärt Christopher Zenker, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Leipziger Stadtrat. Bereits Ende des vergangenen Jahres war häufig zu beobachten, dass ein Block des Lippendorfer Kraftwerks, der von EnBW betrieben wird, abgeschaltet wurde. Der Grund: Braunkohlestrom ist inzwischen wegen der notwendigen Zertifikate einfach zu teuer gegenüber Strom aus erneuerbaren Energien. Diese Abschaltung von Kraftwerksblöcken ist auch kein Lippendorfer Phänomen, sondern lässt sich in ganz Deutschland beobachten.

„Der Stadtrat hat schlussendlich dafür gestimmt, dass die Leipziger Gruppe, zu der auch die Stadtwerke Leipzig gehören, ein Zeitfenster bis spätestens 2025 bekommt, um die Fernwärmeversorgung durch das Kraftwerk in Lippendorf vollständig zu ersetzen. Ein Baustein der Wärmewende in Leipzig ist der Bau eines Gaskraftwerks im Süden der Stadt. Ich bin guter Dinge, dass das Gaskraftwerk bis 2022 steht", so Zenker weiter.

Gasheizkraftwerk nur ein Baustein

Die Anlage soll so konzipiert werden, dass ein höherer Wasserstoffanteil dem Brenngas zugeführt wer-

Bisher bezieht Leipzig seine Fernwärme noch aus dem 17 Kilometer südlich des Stadtzentrums gelegenen Braunkohlekraftwerk Lippendorf.
Foto: wikipedia.org, StephanRa (CC0)

den kann. In Zukunft können auch Gase genutzt werden, die aus überschüssiger Wind- oder Sonnenenergie erzeugt worden sind, weil Erdgas als fossiler Energieträger eigentlich auch nur eine Brückenlösung sein sollte. Das Gasheizkraftwerk ist jedoch nur ein Baustein im Gesamtkonzept für die Umgestaltung der Leipziger Fernwärmeversorgung. Es ist im Grunde eher der Puffer, und die Grundlast soll über ein Biomassekraftwerk und eine Anlage zur thermischen Abfallverwertung bereitgestellt werden. Diese drei Anlagen sowie ebenfalls geplante große Wärmespeicher bilden zusammen das Gesamtpaket zur Umsetzung der Wärmewende in Leipzig.

Kombination mit neuer Schwimmhalle

„Wir haben in dem Zusammenhang vorgeschlagen, am Standort des Gaskraftwerks eine dringend benötigte Schwimmhalle zu errichten, weil wir damit auf klimaschonende Art Synergien nutzen können", so Christopher Zenker. „Einerseits, weil im Leipziger Süden Schwimmhallenflächen Mangelware sind, und andererseits, weil es sinnvoll ist, die Abwärme des Kraftwerks – ohne weite Strecken zurücklegen zu müssen – zum Heizen der Schwimmhalle und des Beckens zu nutzen. Darüber hinaus ist der Standort gut an den ÖPNV angebunden und im Umfeld gibt es mehrere Schulen, die die Halle für ihren Schwimmunterricht nutzen könnten. Wir gehen zudem davon aus, dass eine dort realisierte Schwimmhalle zugleich die Akzeptanz des Kraftwerksstandort in den umliegenden Wohnquartieren erhöht."

Chemnitzer SPD-Fraktion setzt sich für besseren Schutz des Stadtwaldes ein

Geringere forstwirtschaftliche Nutzung angestrebt – Naherholung soll gesichert werden

Autor SGK Sachsen

Trockene und heiße Sommer, Unwetterereignisse und eine gestiegene Anfälligkeit gegenüber Schädlingen machen den Wäldern in ganz Deutschland zu schaffen. Auch im Chemnitzer Stadtwald haben diese Ereignisse ihre Spuren hinterlassen. Für die SPD-Fraktion im Chemnitzer Stadtrat ein Anlass, um über den Umgang mit dem städtischen Forst nachzudenken. Die Fraktion hat daher einen Beschlussantrag eingereicht, der eine andere Herangehensweise bei der Bewirtschaftung und Pflege fordert.

Potenzial für besseren Schutz

Bereits im Jahr 2002 hat die Stadt Chemnitz durch die Einführung von FSC-Standards (Forest Stewardship Council) bei der Waldbewirtschaftung einen Weg der Nachhaltigkeit eingeschlagen. Trotzdem sieht Jörg Vieweg, Fraktionssprecher für Klimaschutz, in der Umsetzung erhebliches Potenzial, um den bedrohten Stadtwald besser zu schützen:

„Die forstwirtschaftliche Nutzung der Wälder soll künftig zugunsten naturnaher Wälder zurückgefahren werden. Gerade die aktuellen Fällungen der gesunden Buchenbäume im Ebersdorfer Wald erweckten den Eindruck, dass der dortige Wald vordergründig unter wirtschaftlichen Aspekten betrachtet wurde. Dabei erfüllt unser Wald auch eine Erholungs- und eine Klimaschutzfunktion."

Diese Funktionen sollen durch eine veränderte Nutzung gestärkt werden. Für Jörg Vieweg steht fest: „Ein Zurückfahren der bewirtschaftenden Eingriffe soll dem Wald die nötige Regeneration als Kohlestoffspeicher und damit als grüne Lunge unserer Stadt ermöglichen." Dass dabei auch die Naherholungsfunktion gestärkt wird, sei ein positiver Nebeneffekt. Ziel der SPD-Fraktion ist eine nachhaltigere Bewirtschaftung, bei der auf Holzeinschlag weitestgehend verzichtet werden kann.

Forsteinrichtungsplan anpassen

Weiter fordern die Chemnitzer Sozialdemokraten in ihrem Antrag eine Strategie, wie befallene Baumbestände schnellstmöglich gefällt und abtransportiert werden können. Auch soll geprüft werden, wie möglichst effizient Mittel von Bund und Land beantragt und eingesetzt werden können. Das hierfür notwendige Instrument ist der sogenannte Forsteinrichtungsplan, welcher alle zehn Jahre die Weichen für die Bewirtschaftung des Stadtwaldes stellt. Aufgrund der dramatischen Entwicklung des kommunalen Waldes sieht Jörg Vieweg hier dringenden Handlungsbedarf. Beim 2016 beschlossenen Forsteinrichtungsplan müsse aufgrund der aktuellen Lage nachgesteuert werden.

Der Chemnitzer SPD-Stadtrat Jörg Vieweg setzt sich für eine nachhaltigere Bewirtschaftung des Stadtwaldes ein.
Foto: SPD Sachsen